

Luxemburg, den 6. Juni 2013

Pressemitteilung:

Frieden muss sich vor dem Parlament erklären

Gegenüber Radio 100,7 hat Generalstaatsanwalt Robert Bieber heute Mittag bestätigt, dass Luc Frieden in seiner damaligen Funktion als Justiz- und Polizeiminister versucht haben soll, die Ermittlungen im „Bommeleeër-Prozess“ in Frage zu stellen. Mehrfach habe er versucht den Generalstaatsanwalt davon zu überzeugen, dass die Ermittlungen im Fall „Bommeleeër“ weder sinnvoll noch opportun seien; dies vor allem zu jenem Zeitpunkt, als sich die Ermittlungen in Richtung Gendarmerie entwickelten. Ihn hätte diese Beeinflussung nicht beeindruckt, so Bieber weiter, bei einem anderen Staatsanwalt hätte Minister Frieden aber womöglich damit durchkommen können.

Damit widerspricht Robert Bieber den Aussagen Luc Friedens, der im Radio 100,7 bereits vor rund einem Monat kategorisch jede Einmischung in die Untersuchung dementiert hatte. Sollte sich die versuchte Einmischung bewahrheiten, hätte Minister Frieden zumindest die Öffentlichkeit mit seinem Dementi belogen. In diesem Fall wären politische Konsequenzen gegenüber Luc Frieden unvermeidlich.

Minister Luc Frieden und Generalstaatsanwalt Robert Bieber müssen sich vor dem Parlament erklären!

déi gréng fordern für morgen die Einberufung einer Dringlichkeitssitzung der Justizkommission, während welcher Minister Frieden und Generalstaatsanwalt Robert Bieber vor den Abgeordneten Stellung beziehen müssen.

François Bausch
Fraktionsvorsitzender

Sam Tanson
Parteipräsidentin

déi gréng
1, rue du Fort Elisabeth
L-1463 Luxembourg
greng@greng.lu
Tél: +352 27 48 27 - 1
Fax: +352 27 48 27 - 22

groupe parlementaire
4, rue du St Esprit
L-1475 Luxembourg
deigreng@chd.lu
Tél: +352 46 37 40 - 1
Fax: +352 46 37 43

www.greng.lu

CCPL IBAN LU85 1111 1204 2043 0000

déi
gréng